




## Spitzentreffen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Zentralrat der Juden

Spitzentreffen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Zentralrat der Juden  
Der Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und das Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland sind am Mittwochnachmittag in der Parteizentrale von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Spitzengespräch zusammengetroffen. In einem vertrauensvollen und konstruktiven anderthalbstündigen Gespräch tauschten sich beide Seiten über aktuelle Themen wie den steigenden Antisemitismus und die Sicherheit jüdischer Gemeinden sowie die Altersarmut jüdischer Zuwanderer aus. Daneben wurde auch über Einwanderungspolitik, Gedenkkultur, die Vermittlung der Shoa im Schulunterricht sowie Religionspolitik und die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg gesprochen. Ebenfalls Thema waren die steigende Zahl von Anschlägen auf Asylbewerberunterkünfte und Fremdenfeindlichkeit. Die Vertreter des Zentralrats der Juden und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren sich darin einig, dass Antisemitismus in allen Erscheinungsformen und allen gesellschaftlichen Gruppen inakzeptabel ist. Die Bekämpfung von Judenfeindlichkeit sei Aufgabe der gesamten Gesellschaft, betonten die Gesprächsteilnehmer. Dazu erklären Simone Peter und Cem Özdemir, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Wenn in Deutschland antisemitische und rassistische Gewalttaten wieder zunehmen und rechtspopulistische Parolen auf unseren Straßen hemmungslos gerufen werden, muss uns das alarmieren und zur Tat aufrufen. Politik und Zivilgesellschaft müssen eng zusammenarbeiten, um sich dieser menschenfeindlichen Bedrohung unserer Demokratie entgegenzustellen. Der Zentralrat der Juden in Deutschland ist für uns Grüne dabei ein zentraler Partner. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass das Einwanderungsland Deutschland friedlich, weltoffen und sicher bleibt." Es ist sehr erfreulich, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei vielen Themen an der Seite der jüdischen Gemeinschaft stehen", ergänzte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster. "Mit unseren Anliegen sind wir in dem Gespräch auf offene Ohren gestoßen. Diese Solidarität wissen wir sehr zu schätzen." An dem Gespräch nahmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die beiden Bundesvorsitzenden Simone Peter und Cem Özdemir sowie die Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt, der innen- und religionspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Volker Beck, Bettina Jarasch, Mitglied des Bundesvorstands, Benedikt Mayer, Bundesschatzmeister, und Sergey Lagodinsky, Mitglied der Parteikommission "Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat", teil. Von Seiten des Zentralrats waren neben dem Präsidenten Dr. Josef Schuster der Vizepräsident Abraham Lehrer sowie die Präsidiumsmitglieder Milena Rosenzweig-Winter, Hanna Sperling und Barbara Traub vertreten. Diese Pressemitteilung wird auch von der Pressestelle des Zentralrats der Juden versandt. Mehrfachsendungen bitten wir zu entschuldigen.  
Bündnis 90/Die Grünen  
Platz vor dem Neuen Tor 1  
11015 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030/28442130  
Telefax: 030/28442234  
Mail: presse@gruene.de  
URL: <http://www.gruene-partei.de> 

### Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de  
presse@gruene.de

### Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de  
presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.